

# „Trümmerhaufen“ oder „höchste Priorität“?

Die Schulpolitik wird in der Haushaltsdebatte von den Parteien unterschiedlich beurteilt

Von unserem Korrespondenten  
Theo Westermann

**Stuttgart.** Die Bildungslandschaft im Land „ein Waterloo“, ein „Trümmerhaufen“, gekennzeichnet durch eine „dramatische Unterrichtsversorgung“ – so sah es die Opposition aus SPD, FDP und AfD am Donnerstag bei der Debatte im Landtag über den Teilhaushalt für das Kultusministerium. Die Regierungsparteien Grüne und CDU sowie Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) hielten dagegen. Schopper nannte die Dar-

„

Bildungspolitik hat in dieser Koalition höchste Priorität.

Alexander Becker  
CDU-Landtagsabgeordneter

stellung der Opposition „falsch“ und verwies auf „mehr Lehrkräfte in verschiedenen Bereichen“. Sie räumte aber Probleme bei der Lehrerversorgung in Einzelbereichen ein. Mehr Geld helfe aber nicht immer: „Ich muss nicht nur die Stellen, sondern auch die passenden Köpfe dafür haben“. Der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Alexander Becker (Rastatt) wies die Vorwürfe der Opposition ebenfalls zurück. „Bildungspolitik hat in dieser Koalition höchste Priorität.“

Der Etat des Kultusministeriums ist mit für 2022 eingeplanten 13,3 Milliarden Euro der dickste Brocken im 56,7 Milliarden umfassenden Landeshaushalt. Um ihn wird wegen der zentralen Rolle der Bildungspolitik erfahrungsgemäß mit höchster Leidenschaft gestritten. Hinzuzurechnen zum Kultusetat kann man noch die im Einzelplan 12 (allgemeine Finanzverwaltung) eingestellten 1,23 Milliarden Euro als Zuschuss an die Kommunen für die Betreuung der unter Dreijährigen sowie die Zuschüsse in Höhe von mehr als eine Milliarde Euro für die Kindergärten.

Die Opposition legte den Finger tief in die Wunden: „Der Unterrichtsausfall hat dramatische Dimensionen erreicht“, so Stefan Fulst-Blei (SPD, Mannheim), der auf die Situation bei den Krankheitsvertretungen verwies. „Besonders an den Grundschulen und den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren



**Milliarden für die Schulen:** Der Etat des Kultusministeriums ist der dickste Brocken im Landeshaushalt. Die Opposition sieht aber massive Defizite in der Lehrerversorgung.  
Foto: Guido Kirchner/dpa

ist die Situation alarmierend“, so der FDP-Bildungsexperte Timm Kern (Freudenstadt).

Die Position der Landesregierung und die sie tragenden Parteien: Der Großteil der Lehrkräfte der 1.895 Stellen umfassenden, fest installierten Krankheitsvertretungsreserve war aufgrund von Corona bereits zu Schuljahresbeginn im Einsatz. Das Ziel sei nun, die Zahl der Stellen auf 2.000 zu erhöhen. Zusätzlich zur Krankheitsvertretungsreserve seien bereits nahezu 3.500 befristete Verträge zur Sicherung des Unterrichts geschlossen, hieß es bereits bei den vorbereitenden Ausschusssitzungen. Im Haushaltsentwurf standen bereits unter anderem 160 Stellen für die Entlastung von Schulleitungen, zehn Stellen für den Ausbau des islamischen Religionsunterrichts sowie

25 Stellen für den Ausbau der Inklusion. Teilweise wurden diese Stellen aber mit umgeschichteten und frei gewordenen Deputaten verrechnet. Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) war mit den bisher geplanten 150 neuen Stellen aber nicht zufrieden, dies hatte sie im Vorfeld intern deutlich gemacht. Die Regierungsfaktionen ließen ihre Kultusministerin aber nicht im Regen stehen.

Nun kommen nochmal 150 neue Lehrstellen aufgrund der am Donnerstag mit der Mehrheit der Regierungsfaktionen verabschiedeten Änderungsanträge dazu: 50 für die Krankheitsreserve, 50 weitere für Inklusion, 25 für den Ganztagesausbau und 25, um den Anstieg der Schülerzahlen zu bewältigen. Insgesamt macht dies also rund 300 zusätzliche Stellen. „Ich muss mich nicht in den

Schlaf weinen“, sagte Theresa Schopper zu diesen Ergebnissen. Man habe einen Haushalt „hinbekommen, der sich sehen lassen kann“. Und mit Blick auf die Szenarien von SPD, FDP und auch AfD sagte Schopper: „Sie erwecken hier einen falschen Eindruck.“

Die hochgekokte Debatte um die Zusammenlegung des Realschul-Referates mit anderen Referaten im Kultusministerium spielte noch einmal eine Rolle, wenn auch nur kurz. Auf entsprechende Attacken von Timm Kern (FDP), der darin eine Untergrabung der Position der Realschule sah, antwortete Schopper: Die Kritiker sollten so langsam mal wieder „runterkommen“. Die Realschule „ist uns eine wichtige Schule“. Man sei aber mit den Kritik übenden Verbänden im Gespräch.